über 1000 palästinensischen Todesopfern seit Oktober 2023. Ziel: die Schaffung eines Groß-Israels - ohne Palästinenser "From the river to the sea" oder gar von Bagdad bis Kairo. Dazu gehört die fortgesetzte Bombardierung und teilweise Besetzung Libanons, die Bombardierung Syriens und die Besetzung der Golan-Höhen. Nebeneffekt: weltweit werden Jüdinnen und Juden gefährdet, weil sie – zu Unrecht! - für die Verbrechen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden.

Mit der Gründung des Staates Israel 1948 begannen für die palästinensische Bevölkerung 76 Jahre der Vertreibung und Entrechtung, 56 Jahre Besetzung und 16 Jahre Blockade des Gazastreifens.
- <u>Dies festzustellen, ist kein Angriff auf das Existenzrecht Israels.</u>

Aus der historischen Verantwortung Deutschlands für das Menschheitsverbrechen des Holocaust ergibt sich die Verpflichtung, sich für Menschenrechte und das Völkerrecht einzusetzen, wo immer und von wem immer sie missachtet werden. Ohne Anerkennung der Rechte der Palästinenser wird es für Israel keine dauerhafte Sicherheit geben.

Die **deutsche Regierung** muss sich <u>mit allen Mitteln</u> einsetzen für

- dauerhaften Waffenstillstand und Aufhebung der Blockade von Gaza
- Stopp von Vertreibung im Westjordanland
- ► Einhaltung der UN-Resolutionen und der Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs durch Israel
- Wirksame Sanktionen
- ► Entwicklung von Perspektiven für eine gerechte Zukunft im Nahen Osten

Mehr Informationen: www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina

Die Attac-Regionalgruppe Kassel trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 10, 1. Stock, Raum 10.1.3 - Interessierte sind herzlich willkommen!





Attac

im Kasseler Friedensbündnis

24. Oktober 2025

Weiter Massaker und Hunger in Gaza Weiter deutsche Waffenlieferungen

"Es gibt keinen israelisch-palästinensischen Nahostkonflikt. Es gibt nur eine brutale israelische Besetzung, und die muss beendet werden."

Gideon Levi, Journalist der israelischen Tageszeitung Ha'aretz, 23.11.2023, youtube.com/watch?v=K0JINcvr5OQ

Überfällig war die Freilassung der israelischen Geiseln und überfällig war die Freilassung von palästinensischen Gefangenen, 1700 davon aus Gaza, seit Oktober 2023 als Verhandlungsmasse unter brutalen Bedingungen inhaftiert.

Überfällig vor allem ist das Ende der israelischen Besatzung.

Der 20-Punkte-'Friedens'plan von Trump zielt <u>nicht</u> auf einen gerechten Frieden, sondern auf **Kontrolle und Plünderung der gesamten Region**.

"Niemand wird gezwungen sein, Gaza zu verlassen, und diejenigen, die gehen wollen, werden dazu frei sein und frei zurückkehren können." **Wann und wie weit** sich die israelische Armee aus dem Gazastreifen zurückzieht, bleibt offen; vorerst bombt und schießt sie dort weiter. **Humanitäre Nothilfe** wird je nach Gutdünken durchgelassen – immer zu wenig. Nicht vorgesehen in dem Plan ist **Wiedergutmachung** für die mehr als **67.000** ermordeten Palästinenser, **ungezählte und unzählbare** Opfer durch **Blockade von Nahrungsmitteln, Wasser, Treibstoff, Medikamenten**, Zerstörung von Krankenhäuser und Schulen, von 90 Prozent der Wohnhäuser und der Anbauflächen für Nahrungsmittel. (www.ochaopt.org/updates)

Für die Palästinenser bedeutet der Trumpsche Plan weiterhin Entrechtung und Unterwerfung. Sie werden ohne Sicherheitsgarantien unter internationales Mandat gestellt, mit Trump und dem britischen Ex-Premier Tony Blair als "Friedensvorstand": ein Reservat statt einem unabhängigen Staat. Der Gazastreifen, als Freihandelszone mit großen Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer, "wird sich ganz dem Aufbau einer boomenden Wirtschaft und friedlichen Koexistenz mit den Nachbarn" verschreiben - mit entrechteten Palästinensern als Billig-lohnkräften.

Und was macht die Bundesregierung?

Für die Bundesregierung scheint die Entwicklung um den Gazastreifen eine **großartige Gelegenheit** zu sein, ihren Aktionsplan "Starke Partnerschaften **für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit"** umzusetzen. Deutschland stehe bereit, "mit anzupacken" beim Wiederaufbau in Gaza. Die "starken Partner" sind nicht die Palästinenser, sondern die arabischen Golfstaaten.

Mitverantwortung für den Krieg, der Gaza weitgehend dem Erdboden gleichmachte? Seit dem 7. Oktober 2023 lieferte Deutschland Waffen und Rüstungsgüter im Wert von knapp 500 Millionen Euro. Inzwischen hat die Bundesregierung die Lieferung von Rüstungsgütern an Israel – die am 8. August teilweise ausgesetzt worden war - wieder aufgenommen.

Berliner Anwält/-innen haben **Strafantrag gegen** ehemalige und amtierende **Regierungsmitglieder** sowie Chefs von vier **Rüstungs-konzernen** gestellt. Der Vorwurf: mit der Lieferung von Waffen, Komponenten und Ersatzteilen an Israel die Militärmaschinerie zu unterstützen und das genozidale Vorgehen im Gazastreifen erst möglich gemacht zu haben. - Seit März 2024 ist **Deutschland** vor

dem Internationalen Gerichtshof wegen Beihilfe zum Völkermord angeklagt. (https://www.icj-cij.org/case/193)

Motoren der Rolls-Royce-Tochter <u>MTU Friedrichshafen</u> kommen in israelischen Panzern zum Einsatz. Ohne die **Getriebe und Fahrwerke** der Firma **Renk** aus Augsburg könnte kein Panzer in Gaza einrollen. Ein schultergestützter **Raketenwerfe**r von **Dynamit Nobel** wird von den israelischen Truppen dazu verwendet, Wohnhäuser im Gazastreifen einzuäschern (Beweis: zahlreiche von israelischen Soldaten aufgenommene Videos).

Nach einem Bericht der Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats begeht Israel einen Völkermord in Gaza: vorsätzliche Vernichtung der Lebensgrundlagen der Palästinenser in Gaza und Zerstörung ihrer Gesellschaft. Vor dem Internationalen Gerichtshof ist Israel deshalb angeklagt. Die Völkermordkonvention verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, alles zu tun, um einen Völkermord zu verhindern oder zu bestrafen.

Der Internationale <u>Strafgerichtshof</u> hat <u>Haftbefehl</u> gegen Israels Präsident Netanyahu – sowie gegen Anführer der Hamas - wegen Kriegsverbrechen erlassen.

"Gaza ist ein Laboratorium, wie die Welt aussehen würde, ohne internationales Recht.",

der französische Historiker Jean-Pierre Filiu nach einem einmonatigen Aufenthalt im vergangenen Winter (youtube.com/watch?v=nbqU0NL5jg8)

Davon unbeeindruckt tritt die israelische Regierung das Völkerrecht mit Füßen, jeden Tag mörderischer – und **straflos**.

Die andauernde Besetzung des Westjordanlandes wurde vom Internationalen Gerichtshof als völkerrechtswidrig erklärt und Israel aufgefordert, die besetzten Gebiete zu verlassen. Kein UN-Mitgliedsstaat dürfe Israel bei der Aufrechterhaltung der Besatzung helfen und auch keine Handels- und Investionsbeziehungen eingehen, die der Aufrechterhaltung der Besatzung dienen.

Die Netanjahu-Regierung treibt die **vollständige Übernahme des Westjordanlands** voran. Hemmungslos und ungehindert verjagen kriminelle Siedler Palästinenser von ihrem Grund und Boden – mit